



Gemeinde Pfinztal

Niederschrift zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 01.02.2022

Ort:	Hagwaldhalle, Industriestraße 2 c, 76327 Pfinztal (Kleinsteinbach)
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr

Anwesende Personen

Vorsitzende:

Bodner, Nicola

Ordentliche Mitglieder:

Eisenbusch-Costerousse, Dagmar
Gegenheimer, Thomas
Gutgesell, Andreas
Herb, Artur
Hörter, Frank
Hruschka, Andreas
Konstandin, Angelika
Lüthje-Lenhardt, Monika
Möller, Eva
Nickles, Helmut
Rahn, Klaus-Helimar, Dr.
Rendes, Markus
Ringwald, Markus
Rothweiler, Edelbert
Rothweiler, Sonja
Schaier, Barbara
Schwarz, Simon
Vogel, Roland, Dr.
Vortisch, Volker Hans

Schriftführer:

Härer, Roland

Verwaltung:

Bauer, Christian
Kröner, Wolfgang
Münch, Jens
Sturm, Thomas

Mitwirkende/ext. Org.:

Sammel, Christian - zu TOP 2 ö
(Regionalplanfortschreibung)

Ortsvorsteher:

Oberle, Gebhard



Nichtanwesende Personen
Ordentliche Mitglieder:

Frensch, Kristin - entschuldigt
Mohamed Fahir, Aisha - entschuldigt
Reeb, Tilo - entschuldigt

1. Ordnungsgemäße **Einladung** erfolgte am 24.01.2022.
2. Ortsübliche **Bekanntgabe** im öffentlichen Teil im Mitteilungsblatt der Gemeinde erfolgte am 27.01.2022.
3. **Beschlussfähigkeit** war gegeben, da mindestens 12 von 23 Mitglieder anwesend waren.
4. Als **Urkundspersonen** wurden bestimmt:
Gemeinderat Nickles
Gemeinderat Vortisch



T A G E S O R D N U N G

- Einleitung
1. Fragen und Anregungen der Einwohnerinnen und Einwohner
 2. Regionalplanfortschreibung des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein - Forderungen der Gemeinde Pfinztal **BV/944/2022**
 3. Betrieb Recyclinghof durch Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Karlsruhe
- Beratung und Beschlussfassung **BV/918/2021/1**
 4. Beschaffung eines Löschfahrzeuges - LF 10 mit fahrbarer Schlauchhaspel für die Freiwillige Feuerwehr Pfinztal, OT Söllingen **BV/927/2022**
- Auftragsvergabe
- Beratung und Entscheidung
 5. Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften **BV/926/2021/1**
- Beratung und Beschluss
 6. Änderung Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung (Bekanntmachungssatzung) **BV/920/2021/1**
- Beratung und Beschlussfassung
 7. Änderung der Satzung über die Erhebung der Hundesteuer **BV/891/2021/2**
- Antrag der Zählgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken
- Antrag der Jägervereinigung Karlsruhe e.V.
- Beratung und Beschluss
 8. Bezuschussung von Stoffwindeln **BV/911/2021/1**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke
- Beratung und Beschlussfassung
 9. ÖPNV - Umstellung des KVV auf digitale Fahrkarten **BV/917/2021**
Antrag der CDU-Fraktion auf Beibehaltung
- der Fahrkarten in Papierform
- der bewährten 4er Karte zu akzeptablen Preisen
- der Kartenentwerter in den Bahnen
und Mitspracherecht bei den Entscheidungsprozessen von KVV/AVG
- Beratung und Beschlussfassung
 10. Annahme von Spenden **BV/931/2022**
 11. Mitteilungen der Bürgermeisterin
 12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium
 13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner



Einleitung

Bürgermeisterin Bodner begrüßt die Mitglieder des Gremiums, ihre Mitarbeiter, die Ortsvorsteher, die Vertreter der Presse und die Zuhörer. Sie teilt mit, dass man nach dem Redaktionsschluss für das Amtsblatt Erkenntnisse gewonnen hat, die eine Vertagung der Tagesordnungspunkte 5 und 7 erforderlich machen. Die Tagesordnung habe man deshalb im Amtsblatt nicht mehr korrigieren können. Vorziehen werde sie außerdem die Behandlung der Tagesordnungspunkte 4 und 3 und im Anschluss danach die normale Reihenfolge abarbeiten.

1. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Bürgermeisterin Bodner erläutert das Procedere und will wissen, ob Wortmeldungen vorliegen.

Herr Germann stellt sich als Mitbürger aus dem Ortsteil Wöschbach vor. Er äußert zwei Bitten zum Tagesordnungspunkt 9. Bei der Diskussion über den ÖPNV sollte bedacht werden, mit welcher sturen und arroganten Art und Weise der KVV die berechtigten Kritiken unzähliger Kunden, Parteien und Vereinigungen bisher zurückgewiesen hat. Eine Gemeinde als Geldgeber für die ÖPNV-Leistungen dürfe sich seiner Meinung nach zu diesem Thema lautstark positionieren. Ein zweiter Punkt sei die Tatsache, dass sich die Fälle häufen, wo die öffentliche Hand mit Unterstützung der Digitalisierungsbranche alternativlose Vorgaben macht, wie die Bürger ihre Beziehung zu den Behörden zu gestalten haben, nämlich digital per App. Dadurch müssten sensible Daten ins Netz gestellt werden und es würden Kosten entstehen. Scheinbar seien analoge Kontakte nicht mehr erwünscht.

Herr Hardenberg teilt mit, er sei seit Mai 2021 Einwohner im Ortsteil Söllingen, wo man sich im Neubaugebiet den Traum eines Eigenheims erfüllt habe. Das neue Wohnhaus sei lange geplant worden, wobei er sich an die Festsetzungen des Bebauungsplans gehalten habe. Jetzt müsse man allerdings feststellen, dass zugunsten der Baugenossenschaft Familienheim Karlsruhe/Pforzheim der Bebauungsplan massiv zu Ungunsten der Anwohner geändert wurde. Man habe die Möglichkeit genutzt und Einwände vorgetragen, die allerdings lapidar abgelehnt worden seien. Ihm gehe es heute darum zu erfahren, wie der aktuelle Stand hierzu ist und ob es eine Einigung mit den Anwohnern geben wird oder beide Augen für einen großen Bauträger zugedrückt werden. Weiter will er wissen, wie die Bürgermeisterin zur mangelhaften Kommunikation der Verwaltung mit den Bürgerinnen und Bürgern steht.

Bürgermeisterin Bodner erläutert, die Verwaltung habe vom Gemeinderat den Auftrag erteilt bekommen, mit der Familienheim nochmals zu reden. Dies stehe erst noch an. Über die Frage der Kommunikation könne man sich gerne nochmals im persönlichen Gespräch austauschen.

Herr Hardenberg meint dazu, er habe mehrere Anfragen an die Verwaltung gestellt, die alle ins Leere gelaufen seien.

2. Regionalplanfortschreibung des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein - Forderungen der Gemeinde Pfinztal

Bürgermeisterin Bodner begrüßt Herrn Sammel vom Ingenieurbüro FSP Stadtplanung aus Freiburg. Sie erinnert daran, dass im vergangenen Jahr der Verbandsdirektor das Gremium über die Fortschreibung des Regionalplans informiert und die Möglichkeiten für die Gemein-



de aufgezeigt hat. Weil der Regionalverband demnächst wieder zu einer Sitzung zusammenkommt müsse die Gemeinde eine Entscheidung treffen, die diesem Gremium mitzuteilen ist. Diese Entscheidung müsse in die Fortschreibung des Regionalplans einfließen.

Herr Sammel erklärt, er wolle zunächst die heute vom Gemeinderat zu treffende Entscheidung richtig einordnen. Man treffe keine Entscheidung zur zukünftigen Stadtentwicklung der Gemeinde. Es gehe darum, sich zusätzliche Optionen für die Gemeindeentwicklung offenzuhalten. Nicht der Flächennutzungsplan mit punktuellen Festlegungen stehe heute zur Diskussion, sondern der Regionalplan. Andererseits sei der Regionalplan die künftige Voraussetzung, um punktuelle Entscheidungen treffen zu können. Stand heute sei festzuhalten, dass die Fortschreibung des Flächennutzungsplans abgeschlossen ist. Im Auftrag der Gemeinde habe sein Büro geprüft, ob es noch Alternativen zu den bereits beschlossenen Flächen des Flächennutzungsplans gibt. Es gehe dabei um Flächen, die sich nach den heutigen Rahmenbedingungen vielleicht besser eignen als vorhandene Flächen, die schon seit vielen Jahren nicht genutzt werden. Tatsächlich habe man zwei Flächen gefunden, die sich im Blick auf die Geländetopografie und die Möglichkeit einer verdichteten Bauweise eignen. Derzeit gebe es bei diesen Flächen zwar noch einen Konflikt mit dem Regionalplan. Vom Regionalverband sei allerdings signalisiert worden, dass man diesbezüglich nochmals eine Prüfung vornehmen werde. Diese Prüfung werde erst vorgenommen, wenn ein entsprechendes Votum des Gemeinderats vorliegt. Vor diesem Hintergrund sei die heutige Entscheidung zu treffen. Auf der Ebene des Flächennutzungsplans könnte man zu einem späteren Zeitpunkt einen sinnvollen Flächentausch vornehmen. Dies könnte allerdings erst bei der nächsten Fortschreibung berücksichtigt werden. Wenn dies die Gemeinde wolle, müsste heute die Entscheidung für den Regionalplan getroffen werden. Das Stadtplanungsbüro habe verschiedene Flächen herausgefunden, die der Prüfung unterzogen wurden, welche der Gemeinde am meisten für eine Siedlungsentwicklung bringen. Genauso habe man auch geschaut, welche bestehenden Siedlungserweiterungsflächen nicht unbedingt notwendig sind. Diese könnten in einem anderen Schritt gegen Flächen getauscht werden, die für die Stadtentwicklung von größerer Bedeutung sind. Nach Abstimmung mit der Verwaltung schlage man deshalb vor, folgende im Regionalplan enthaltene Siedlungserweiterungsflächen zurückzugeben:

- a) Unterstelle, Ortsteil Söllingen
- b) Auf der Liß, Ortsteil Wöschbach
- c) Nördlich der Weiherstraße, Ortsteil Berghausen
- d) Steinwiesen/Festplatz, Ortsteil Berghausen

Er geht danach auf die Bewertung der einzelnen Flächen ein. Bei dem Gebiet „Unterstelle“ handle es sich um eine 2,5 ha große Fläche, die sich überwiegend im Landschaftsschutzgebiet befindet. Sie zeichne sich durch einen hohen Bestand an landschaftsprägenden Elementen und geschützten Biotopen aus und sei wichtig für den Kaltluftabfluss. Bei diesem Gebiet handle es sich um eine steile Topografie, was städtebaulich keine geeignete Voraussetzung sei. Weil diese Fläche bisher auch nicht im Flächennutzungsplan enthalten ist halte man sie für eine Siedlungsentwicklung nicht empfehlenswert. Sie könnte man im Regionalplan austauschen.

Die Fläche „Auf der Liß“ sei mit 3,4 ha noch größer und befinde sich vollständig im Landschaftsschutzgebiet. Auch sie habe einen hohen Bestand an landschaftsprägenden Elementen, eine hohe Bedeutung für die Bodenfunktion und enthalte geschützte Biotope. Nicht ideal aus städtebaulicher Sicht sei die Tatsache, dass die Ausweisung eine Erweiterung Richtung Berghausen über eine Hangkante mit sich bringen würde. Weil auch diese Fläche im Flächennutzungsplan nicht ausgewiesen ist sei eine Siedlungsentwicklung nicht empfehlenswert. Im Regionalplan könnte man sie also gegen eine andere Fläche austauschen.

Die Fläche „Nördlich der Weiherstraße“ mit einer Größe von 2,5 ha liege ebenfalls vollständig im Landschaftsschutzgebiet. Auch hier gebe es einen hohen Bestand an landschaftsprägenden Elementen und geschützten Biotopen. Der Kaltluftabfluss geschehe über diese Fläche. Ein weiterer Nutzungskonflikt sei die Tatsache, dass in diesem Bereich die Ortsumfahrung der B 293 liegen wird. Bereits aus diesem Grund könne auf diesem Gebiet keine Baufläche entstehen, weshalb diese Fläche leicht zurückgegeben werden könnte.

Mit 0,5 ha sei die Fläche „Steinwiesen/Festplatz“ die kleinste Fläche. Sie sei bereits mit ei-



nem Bebauungsplan überplant, der dort Stellplätze für den Festplatz vorsieht. Insofern stelle sich hier das Thema einer Siedlungserweiterung eigentlich nicht mehr. Diesen möglichen abgängigen Flächen würden auf der anderen Seite Flächen entgegenstehen, die der Gemeinde etwas bringen und die man gerne im Regionalplan ausweisen möchte. Herauskristallisiert hätten sich die beiden Flächen „Am Bruchweg/Heulenberg“ und „Roßweide/Hohwiesen“ in Berghausen. Auf beiden Flächen könnte ein verdichtetes Wohnen mit einem Geschosswohnungsbau ermöglicht werden. Sie liegen relativ nahe am Ortskern und besitzen eine hohe Flächenverfügbarkeit mit einem hohen Anteil in kommunalem Eigentum. Beide Flächen würden eine Nähe zur Versorgungsinfrastruktur, zu Schule und Kindergarten, zu Freizeitmöglichkeiten und dem ÖPNV besitzen und hätten keine großen Nutzungskonflikte. Es gehe also nun darum, diese beiden Alternativflächen mit zusammen etwa 7,2 ha in den Regionalplan aufzunehmen und die bisher enthaltenen Siedlungserweiterungsflächen „Unterstelle“, „Auf der Liß“ und „Nördlich der Weiherstraße“ mit 8,4 ha aufzugeben. Beide neuen Flächen würden zumindest teilweise in einer Grünzäsur liegen, weshalb der Regionalverband diese Restriktion zurücknehmen müsste. Er weist darauf hin, dass der Zeitpunkt für die vorgeschlagenen Änderungen derzeit noch günstig ist, weil das Verfahren zur Fortschreibung des Regionalplans noch nicht abgeschlossen ist. Dies deshalb, weil bis zur nächsten Fortschreibung sicherlich 15 Jahre vergehen und dazwischen sich der Regionalverband mit Einzeländerungen schwertut. Die Gemeinde sollte deshalb die Chance nutzen, die beiden Flächen in den Regionalplan zu bringen und die vorgeschlagenen anderen Flächen aufgeben. Er spricht von einem deutlich höheren Gewinn, den die Gemeinde beispielsweise durch eine dichtere Bebauung erzielen könnte. Der Regionalverband stehe diesem Anliegen der Gemeinde derzeit eher positiv gegenüber. Er beendet damit seine Informationen.

Gemeinderätin Eisenbusch lässt wissen, dass die SPD-Fraktion der Beschlussempfehlung zustimmen kann. Gewundert habe man sich über die im Regionalplan enthaltenen Flächen und sich die Frage gestellt, wie diese überhaupt in den Plan gelangen konnten, weil es sich um restriktive Flächen handelt. Sie sehe keine Chance bei den heutigen Rahmenbedingungen, diese Flächen bebauen zu können. Insofern sei man verwundert, dass diese Flächen als Siedlungserweiterungsflächen vorgesehen sind. Mit der Tauschmöglichkeit würden sich insofern die Chancen für eine Bebauung verbessern. Ihrer Fraktion sei wichtig, dass man in der Baulandbereitstellung vorankommt, denn man suche händeringend nach Flächen für den Wohnungsbau. Insofern sei die Bauverwaltung aufgefordert, schnelle Ergebnisse zu liefern. Sie spricht die Fläche „Nördlich der Weiherstraße“ an, auf der die spätere Ortsumgehung der B 293 realisiert wird. Der frühere Ortsbaumeister sei davon ausgegangen, dass es nach Fertigstellung der Straße einzelne Flächen geben könnte, die als Abrundung gewerblich genutzt werden könnten. Sie will wissen, ob diese Möglichkeit nach einem Flächentausch immer noch gegeben wäre.

Herr Keller erklärt, bereits bei der Planung einer Bundesstraße gelte ein Abstandserlass, wonach beidseits der Straße ein Abstand von 20 m einzuhalten ist. Vor diesem Hintergrund gehe er davon aus, dass es nach dem Straßenbau keine Baumöglichkeiten mehr geben wird. Im Zuge der Anhörung im Planfeststellungsverfahren zu diesem Straßenbau habe die Gemeinde gefordert, innerhalb des Ortes von dieser Abstandsvorschrift eine Ausnahme zu machen. Eine Entscheidung hierzu liege allerdings noch nicht vor. Man könne also im Moment über potenzielle Flächen noch nicht verfügen.

Gemeinderat Ringwald meint, diese Frage habe man sich auch in seiner Fraktion gestellt. Die CDU-Fraktion sei grundsätzlich gegen ein Aufgeben von bestehenden Flächen. Was man hat sollte man auch behalten, man wisse nie, welche Notwendigkeiten es beispielsweise in 10 – 15 Jahren gibt. Der Aufnahme weiterer Flächen stehe man grundsätzlich positiv gegenüber. Wenn viele Flächen im Regionalplan enthalten sind könne der Gemeinderat immer noch entscheiden, welche in Angriff genommen werden sollen. Man hätte dann die Möglichkeit, aus diesen Flächen auszuwählen. Seine Fraktion lehne also die Herausnahme von Flächen aus dem Regionalplan ab.



Gemeinderat Dr. Rahn erklärt, er sehe dies anders. Trotzdem halte er den vorgeschlagenen Flächentausch für eine Mogelpackung, denn aus dem Regionalplan würden keine Flächen herausgenommen. Die Flächen „Unterstelle“ und „Auf der Liß“ seien im Regionalplan bisher nicht enthalten und sollten erst jetzt mit der Fortschreibung aufgenommen werden. Stattdessen jetzt andere Flächen in den Regionalplan aufzunehmen sei kein echter Flächentausch. Er verweist auf einen mehrheitlichen Gemeinderatsbeschluss, wonach im Regionalplan nicht mehr Flächen enthalten sein sollen, als bisher im rechtskräftigen Flächennutzungsplan ausgewiesen sind. Momentan gebe es noch große Reservflächen. Bevor man also neue Flächen in den Regionalplan aufnimmt sollten alte und nicht mehr gebrauchte Flächen aus dem Flächennutzungsplan herausgenommen werden wie beispielsweise Bühl, Laile, Blümlesheld oder Äußere Steinäcker. Die für eine Neuaufnahme vorgeschlagenen Flächen seien sicherlich weniger ungünstig, aber auch sie seien nicht unproblematisch wegen der regionalen Grünzüge und Grünzäsuren. Bedenken habe er im Blick auf die Tatsache, dass eine Fläche bisher als Sportplatz genutzt wird. Er frage sich, wo man die Fläche für neue Sportplätze hernehmen will. Zusammenfassend stellt er fest, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen kann.

Gemeinderat Rothweiler bedankt sich bei den Fachbüros für die Ausarbeitung. Er stellt fest, dass weniger Bauflächen mehr Lebensqualität bedeuten und sich versiegelte Flächen aufheizen und den Klimawandel beschleunigen. Dessen Folgen dürften nicht den kommenden Generationen aufgebürdet werden. Aus diesem Grund müsste sich der Gemeinderat bereits heute für ein „Netto-Null“ beim Flächenverbrauch entscheiden. Die Ausarbeitung habe gezeigt, dass es noch Flächen gibt, die man tauschen könnte. Für die Zählgemeinschaft aus Grünen und der Linken gebe es folgende Gründe, die für diesen Tausch sprechen: die große Flächenverfügbarkeit mit einem hohen Anteil an kommunalen Flächen, der gute Anschluss an den ÖPNV, kurze Wege zu Schulen und Kindergärten und die guten Einkaufsmöglichkeiten. Man vertraue den Planern und deren Einschätzung. Er weist darauf hin, dass es lediglich um den Tausch von Flächen geht. Darüber hinaus glaube er nicht, dass seine Fraktion weiteren Wünschen zustimmen wird.

Herr Sammel erläutert, die Tauschmöglichkeit sei ein Angebot des Regionalverbands an die Gemeinde. Nach dem Flächensparziel der Landesregierung habe man sich bei der Ausweisung immer am Bedarf zu orientieren. Er halte es für keine Option, nur noch zusätzliche Flächen in den Regionalplan aufzunehmen und keine Flächen zurückzunehmen. Er gehe davon aus, dass in diesem Fall der Regionalplan nicht mitmachen wird. Es mache nur Sinn, ungeeignete Flächen gegen geeignete Flächen zu tauschen, wozu der Regionalverband bereit wäre. Er macht deutlich, dass man beim Regionalplan nicht über Flächenversiegelungen entscheidet, diese Entscheidung treffe man im Flächennutzungsplan. Mit der heutigen Entscheidung könnte man sich im Regionalplan die Option offenhalten, zu einem späteren Zeitpunkt die beiden Flächen einer Bebauung zuzuführen. Erst nach der Ausweisung im Flächennutzungsplan könnte dies mit einem Bebauungsplan geschehen. Dieser Option würde man sich berauben, wenn man auf die Tauschmöglichkeit verzichtet. Er schlage vor, diese Chance zu nutzen.

Gemeinderat Dr. Rahn meint, dies sei ihm klar. Man sei allerdings grundsätzlich der Ansicht, dass man keine neuen Bebauungspläne im Außenbereich ausweisen sollte. Um dies deutlich zu machen beantrage die ULiP, die Flächen „Unterstelle“, „Auf der Liß“ und „Nördlich der Weiherstraße“ im Zuge der Fortschreibung des Regionalplans ersatzlos zu streichen.

Bürgermeisterin Bodner erklärt, sie werde nun die Abstimmung einleiten, sofern keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Weitestgehender Vorschlag sei der Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Keller meldet sich zu Wort und meint, die von Gemeinderat Ringwald vorgetragene Haltung entspreche nicht dem, was heute zu entscheiden ist. Denn der Flächennutzungsplan sei heute nicht Gegenstand der Beratung, sondern der Regionalplan. Der Regionalplan ge-



stehe der Gemeinde mögliche Siedlungsflächen zu. Diese Flächen würden allerdings nicht dem entsprechen, was derzeit im Flächennutzungsplan ausgewiesen ist. Wichtig für die Gemeinde seien im Prinzip die Flächen, die der Gemeinde im Flächennutzungsplan zugestanden werden. Darüber hinausgehende Flächen stehen außer Frage, weil es hierfür keinen Pfinztaler Bedarf gibt. Der Regionalverband eröffne nun die Möglichkeit, Flächen zu tauschen. Wenn man dieses Angebot nicht annehme werde die Gemeinde von den beantragten Flächen nichts haben, denn diese seien sowieso nicht realisierbar. Auch habe die Gemeinde hierfür keinen Bedarf. Die aufgezählten und zu streichenden Flächen würden einem alten Gemeindeentwicklungsplan aus dem Jahr 1996 entstammen und hätten keine Chance auf Umsetzung. In der Verwaltung sei man selber überrascht, wie diese Flächen ins Spiel gekommen sind. Die Flächen seien bereits wegen des Landschaftsschutzgebiets obsolet. Mit der heute beantragten Entscheidung würden die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Flächen nicht kleiner, sondern man eröffne sich damit die Möglichkeit flexibler agieren zu können.

Gemeinderat Ringwald bittet um eine Sitzungsunterbrechung, die von der Bürgermeisterin gewährt wird.

Nach der Pause erklärt **Bürgermeisterin Bodner**, sie werde nun über den Beschlussantrag der Verwaltung abstimmen lassen, weil es sich um den weitergehenden Vorschlag handelt. Sie stellt dem Gremium folgende **Abstimmungsfrage**:

„**Wer ist dafür, dass folgende Forderungen an den Regionalverband gestellt werden:**

1. **Anstatt der als Siedlungserweiterungsflächen ausgewiesenen Flächen „Unterstelle“, „Auf der Liß“ und „Nördlich der Weiherstraße“ sollen die Alternativflächen „Am Bruchweg/Heulenberg“ und „Roßweide/Hohwiesen“ ausgewiesen werden (Flächentausch).**
2. **Die ausgewiesene Grünzäsur, welche die Fläche „Am Bruchweg/Heulenberg“ und „Roßweide/Hohwiesen“ betrifft, soll aus dem Regionalplan gestrichen werden“.**

Abstimmung: 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

3. Betrieb Recyclinghof durch Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Karlsruhe - Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die umfangreichen Darlegungen der Verwaltung in der Vorlage und will wissen, ob ein weiterer Erläuterungsbedarf besteht. Da dies nicht der Fall ist übergibt sie das Wort an Herrn Kröner, der das Ergebnis der Vorberatung im Verwaltungs- und Finanzausschuss vorträgt.

Herr Kröner lässt das Gremium wissen, der Ausschuss habe einstimmig dem Gemeinderat empfohlen, der vorgeschlagenen Abgabe des Recyclinghofs an den Landkreis zuzustimmen.

Gemeinderätin Eisenbusch meint, die Zustimmung zu dieser Empfehlung sei keine Frage. Weil die Abgabe des Recyclinghofs an den Landkreis eine für die Bürger wichtige Information sei wolle sie deutlich machen, dass dies für die Gemeinde, den Landkreis und auch die Einwohner eine Win-Win-Situation ist. Gemeinde und Landkreis könnten Einsparungen erzielen und die Bevölkerung erhalte einen besseren Service. Sie halte es für eine ganz wichtige Information, dass nach der Übergabe an den Landkreis der Recyclinghof jeden Tag geöffnet sein wird. Sie könne vor diesem Hintergrund die Zustimmung der SPD-Fraktion signalisieren.

Gemeinderat Ringwald meint, die Ausarbeitung der Verwaltung lese sich wie ein Märchen, denn man spare nicht nur Geld, man erhalte auch einen besseren Service für die Bürger und der Recyclinghof sei immer noch im Ort. Als Randnotiz wolle er noch die Tatsache anmerken, dass durch die Abgabe Personalkapazitäten freiwerden, die gerne auf den Friedhöfen



vorgeschlagenen Fahrzeugs sei seine Fraktion einverstanden, ebenfalls mit dem Finanzierungsvorschlag.

Gemeinderat Ringwald geht auf die Antriebsart ein und verweist darauf, dass ein Feuerwehrfahrzeug für einen Zeitraum von 20 Jahren angeschafft wird. In der heutigen Zeit gebe es noch keine Batterien, die den Anforderungen über diesen langen Zeitraum genügen. Im Übrigen sei eine zwanzigjährige Nutzung durchaus nachhaltig. Von Seiten der CDU-Fraktion werde es eine klare Zustimmung zum Beschlussvorschlag geben, zumal das Fahrzeug im Feuerwehrbedarfsplan ausgewiesen ist.

Kommandant Bauer bedankt sich im Namen der Feuerwehr und der Einwohner für die zustimmenden Wortmeldungen. Das Thema der Nachhaltigkeit und der Umweltschutz gehöre für die Feuerwehr zu den wichtigsten Aufgaben und werde bei jeder Entscheidung bedacht. Bei jedem Einsatz gehöre es zu den Aufgaben der Feuerwehr, den Schaden für die Umwelt zu beurteilen. Bei der Beschaffung des Fahrzeugs sei die Nachhaltigkeit immer ein Prüfpunkt gewesen. Allerdings sei man momentan noch von den Herstellern abhängig, die diese Antriebsart nicht liefern können.

Bürgermeisterin Bodner lässt danach über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Einstimmig fasst das Gremium folgenden Beschluss:

1. Die Einzelaufträge können wie von der Verwaltung vorgeschlagen vergeben werden.
2. Der im Haushalt 2022 vorgesehene Betrag i.H. von 70.000 Euro für den Kommandowagen (KdoW) wird zur Deckung der Mehrauszahlung für das Löschfahrzeug LF 10 übertragen und im Haushaltsjahr 2023 verwendet.

**5. Änderung der Satzung über die Benutzung von Obdachlosen- und Flüchtlingsunterkünften
- Beratung und Beschluss**

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wurde vertagt.

**6. Änderung Satzung über die Form der öffentlichen Bekanntmachung (Bekanntmachungssatzung)
- Beratung und Beschlussfassung**

Bürgermeisterin Bodner verweist auf die Verwaltungsvorlage mit folgendem Sachverhalt:

Gemäß § 4 Abs. 3 der Gemeindeordnung sind Satzungen öffentlich bekannt zu machen. Die Form der öffentlichen Bekanntmachung ist nach § 1 Abs. 1 DVO GemO im Einzelnen durch Satzung zu bestimmen. Zuletzt hat sich der Gemeinderat 2020 mit der Satzung befasst. Seither werden öffentliche Bekanntmachungen im Internet auf der Webseite der Gemeinde Pfinztal www.pfinztal.de veröffentlicht. Zusätzlich erfolgt die Bekanntmachung im Mitteilungsblatt. Nach Prüfung der Satzung durch das Landratsamt hat dieses angemerkt, dass der § 2 Notbekanntmachung nicht der DVO GemO entspricht. Dieser wurde nun geändert, konkretisiert und mit der Rechtsaufsicht besprochen.

Sie gibt bekannt, der Verwaltungs- und Finanzausschuss habe dem Gemeinderat mehrheitlich die Annahme des Beschlussvorschlags der Verwaltung empfohlen.

Gemeinderätin Konstandin spricht an, die Gremiumsmitglieder hätten heute einen Nach-



Gemeinderat Gegenheimer trägt folgende Stellungnahme vor. „Wie bereits in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses erörtert lehnen wir den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken ab. Der Antrag hat rein ideologische Gründe. Die Nachhaltigkeit ist für uns nicht gegeben. Außerdem glauben wir, dass dieser Antrag nicht zu Ende gedacht ist. Für die Verwaltung entstehen Kosten und es wird Arbeitszeit verschwendet. Dies steht außer Verhältnis zum angestrebten Erfolg. Über die Nachhaltigkeit zu diesem Thema kann man heftige Diskussionen führen. Vergleicht man die Stellungnahme der Hersteller über ihre Produkte, kommt man zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis. Lediglich die anfallende Müllmenge ist ein großer Faktor. Beim vorliegenden Antrag geht es nur um die Bezuschussung von Stoffwindeln. Für die Ökobilanz muss dies auch gelebt werden. Es ist sozusagen eine Lebenseinstellung. Um den Kampf um die positive Ökobilanz gewinnen zu können müssen auch die neuesten Gerätschaften wie Waschmaschine und Trockner vorhanden sein, die den anfallenden Wasser- und Stromverbrauch reduzieren. Zudem müssen die auf den ersten Blick teuren Stoffwindeln gekauft und auch benutzt werden. Die Benutzung von Stoffwindeln erfordert viel Zeit, Geld und Geduld. Diese haben jedoch die sozial schwachen Familien kaum oder nicht. Wir gehen davon aus, dass die Stoffwindeln in Kindertagesstätten und Krippen aus hygienischen und zeitlichen Gründen nicht gerne gesehen werden. Deshalb wird hier ein sehr kleiner Kreis angesprochen.

Die Familien, die bereits jetzt Stoffwindeln benutzen, tun dies, weil sie das wollen und davon nicht überzeugt werden müssen. Falls man Familien bzw. Eltern überzeugen will, dass der Gebrauch von Stoffwindeln ökologischer ist, muss man die Eltern davor durch Aufklärung und Information überzeugen.

Es ist unstrittig, dass der Gebrauch von Wegwerfwindeln enorme Mengen an Restmüll produziert. Hier sollte unseres Erachtens angesetzt werden. Ziel muss sein, den Müllberg abzubauen. Betrachtet man die Mengen an Windeln, die in Alten- und Pflegeheimen, Krankenhäusern und anderen Einrichtungen anfallen, sollte auch diese Seite betrachtet werden. Hier wäre der Einsatz von Stoffwindeln sinnvoll. Vermutlich aus hygienischen Gründen und der Verschwendung von zeitlichen Ressourcen wird daran nicht gedacht.

Wir sind uns sicher, dass in diesen Einrichtungen der Müllberg wesentlich größer ist als die anfallenden Babywindeln. Pro Kind fallen in den ersten zwei Lebensjahren ca. 5.000 Windeln an. Und bei Seniorenwindeln? Berichten zufolge werden in Zukunft mehr Seniorenwindeln gebraucht als Babywindeln.

Diese Ausführungen sollen zum Nachdenken anregen, ob nicht am falschen Hebel gezogen wird. Ich könnte meine Ausführungen noch weiterführen, weil es noch viele Informationen zu diesem Thema gibt, jedoch denke ich, dass dies zu weit führen würde.

Gemeinderätin Möller hält den Gebrauch von Stoffwindeln für Babys für durchaus erstrebenswert. Nicht vergleichen könne man ihrer Auffassung nach das Windelwechseln von Babys mit älteren Menschen. Ihr sage am Antrag nicht zu, dass die Förderung bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahrs gewährt werden soll. Denn sicherlich entscheide man sich sehr frühzeitig für oder gegen Stoffwindeln und nicht erst im zweiten Lebensjahr, weshalb sie sich für eine Begrenzung der Förderung auf das erste Lebensjahr ausspreche. Auch sei sie der Meinung, dass die Bezuschussung auf 25 % und einem Maximalbetrag von 75 Euro beschränkt werden sollte. Man könne sich sicherlich auch darüber streiten, ob die Verwendung von Stoffwindeln überhaupt bezuschusst werden sollte, weil es sicherlich viele andere Dinge gibt, die genauso ökologisch sinnvoll sind. Sie mache ihre Zustimmung davon abhängig, dass ihre Überlegungen berücksichtigt werden. Beim Antrag der SPD-Fraktion werde sie sich enthalten.

Gemeinderätin Lüthje-Lenhardt macht deutlich, ihre Fraktion habe keine Probleme damit, dem von der SPD-Fraktion gemachten Vorschlag zuzustimmen.

Bürgermeisterin Bodner leitet die Abstimmung ein. Sie werde über die Empfehlung des Verwaltungs- und Finanzausschusses abstimmen lassen. Diese mehrheitlich beschlossene Empfehlung laute folgendermaßen: Die Gemeinde Pfinztal gewährt einen einmaligen Zu-



schuss für die Anschaffung von Stoffwindeln in Höhe von 30 Prozent der Anschaffungskosten. Der Zuschuss wird begrenzt auf maximal 75 Euro und gilt für Alleinerziehende oder Familien für Kinder bis zum 2. Lebensjahr.

Sie stellt die Abstimmungsfrage, wer dieser Empfehlung zustimmt.

Abstimmung: 9 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Bürgermeisterin Bodner stellt fest, dass bei Stimmgleichheit der Antrag damit abgelehnt ist.

- 9. ÖPNV - Umstellung des KVV auf digitale Fahrkarten
Antrag der CDU-Fraktion auf Beibehaltung**
- der Fahrkarten in Papierform
 - der bewährten 4er Karte zu akzeptablen Preisen
 - der Kartenentwerter in den Bahnen
- und Mitspracherecht bei den Entscheidungsprozessen von KVV/AVG**
- Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Bodner verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion, wonach der Gemeinderat eine Resolution aufgrund der jüngsten Entscheidungen des Karlsruher Verkehrsverbunds verabschieden sollte. Am heutigen Vormittag sei eine aktualisierte Fassung des Resolutionsentwurfs bei der Verwaltung und den Fraktionen eingegangen. Sie will wissen, ob die Antragsteller ihre Gründe erläutern wollen und stellt fest, dass dies der Fall ist.

Gemeinderat Hörter bezeichnet den ÖPNV als eine Herzensangelegenheit für seine Fraktion auch vor dem Hintergrund, dass die Gemeinde hierfür eine ganz erhebliche Summe aufzuwenden hat. Momentan seien dies jährlich 700.000 Euro wobei man davon ausgehe, dass mit den neu installierten Buslinien bald die Schwelle von 1 Million Euro erreicht sein wird. Im Gegensatz zu den ständig steigenden Kosten seien die Leistungen schlechter geworden. So sei beispielsweise die Stadtbahnlinie S 5 ausgedünnt worden. Ausschlaggebend für den Antrag auf Verabschiedung der Resolution sei der bisher unbekannt und in der Presse öffentlich gemachte Grund der Geschäftsleitung, in den Bahnen die Entwerter ausbauen zu wollen. Seine Fraktion sei der Meinung, dass der Gemeinde ein gewisses Mitspracherecht zustehen müsste, wenn jährlich solche Summen in den ÖPNV investiert werden. Inzwischen habe man wiederum aus der Presse erfahren, dass die Geschäftsleitung diesen Beschluss nicht rückgängig machen will. Dies halte man für falsch, weil dadurch etwa 10 % der Nutzer ausgeschlossen werden. Es handle sich dabei um Kunden, die im Besitz von Mehrfachkarten sind und die nun ausgegrenzt werden. In Zeiten der Digitalisierung mit der Möglichkeit zum Erwerb von Fahrkarten mit dem Handy müsse dieses System funktionieren, was anscheinend nicht der Fall sei. Man halte also die Technik für nicht ausgereift. Auch verweise man darauf, dass viele ältere Mitbürger kein Smartphone besitzen. Diese müssen ihre Fahrkarten vor dem Fahrtantritt erwerben und diese hätten ab diesem Zeitpunkt ihre Gültigkeit. Seine Fraktion sei der Meinung, dies sei vom KVV nicht zu Ende gedacht. Ein zweiter Kritikpunkt sei die Tatsache, dass in vielen deutschen Verkehrsverbänden nach wie vor Einzel- und Mehrfachkarten erworben werden können. Der KVV als ehemaliger Vorreiter in Deutschland bei der Entwicklung des ÖPNV grenze jetzt 10 % der Nutzer aus. Ein weiterer Kritikpunkt sei der Fakt, dass die Karten nur noch sechs Monate gültig sind. In anderen Verkehrsverbänden seien die Fahrkarten bis zu einem Jahr lang nutzbar. Wenn jetzt die Entwerter ausgebaut werden sollen gebe es immer noch die Möglichkeit, Vorratskarten zu erwerben. In anderen Verkehrsverbänden könnten solche Vorratskarten gekauft werden, die der Nutzer selber vor Fahrtantritt signieren kann. Außerdem werde künftig ein Kundenservice entfallen, wenn an den Kiosken keine Fahrkarten mehr erworben werden können. Er bezeichnet es als komisch, wenn aus betriebswirtschaftlichen Gründen auf die Entwerter verzichtet wird, weil dies zu



teuer sein soll. Er habe nachgerechnet und festgestellt, dass die Betriebskosten für die Entwerter jährlich bei etwa 50.000 Euro liegen, was im Vergleich zum Ganzen ein relativ kleiner Betrag sei. Man grenze die ältere Generation und die Kinder insofern von der Teilnahme am ÖPNV aus, was man für kontraproduktiv hält. Aus diesen Gründen sollte der Gemeinderat heute die Resolution beschließen, wonach weiterhin die Fahrkarten im Vorverkauf angeboten werden sollten. Er halte es für gut, wenn der Gemeinderat diesbezüglich ein Zeichen setzen würde. Abschließend teilt er mit, dass er am kommenden Donnerstag ein Gespräch mit der Geschäftsführung des KVV in dieser Sache führen wird.

Bürgermeisterin Bodner geht nochmals darauf ein, dass am heutigen Tag ein neuer Resolutionsentwurf eingegangen ist und der mit der Vorlage verschickte Text insofern überholt sei. Die neue Formulierung würde insofern folgendes Fazit ziehen: Die beschlossene Neuregelung ist absolut kundenunfreundlich und kontraproduktiv für die angestrebte Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Daher fordert der Pfinztaler Gemeinderat aus den dargelegten Gründen den KVV auf, unentwertete Fahrscheine weiter anzubieten.

Gemeinderätin Lühje-Lenhardt verweist auf das Motto des KVV „der KVV bewegt alle“ und meint, dies treffe in jeder Hinsicht zu. Man verstehe alle Menschen, die sich bei Änderungen des ÖPNV schwertun, man verstehe aber auch den KVV, der sich zukunftsfähig machen muss. Und man sehe Probleme in der Kommunikation des KVV mit dem Kreis, den Kommunen und den Fahrgästen. Was im Aufsichtsrat des KVV entschieden wurde sei für andere Stakeholder nicht automatisch transparent. Zukünftig sollte es selbstverständlich sein, dass der KVV alle, auch die öffentlichen Verwaltungen, von Anfang an in die Prozesse einbindet. Diesbezüglich sehe man einen erheblichen Optimierungsbedarf beim KVV. Man sehe aber auch das Bestreben beim KVV, eine erhöhte Nutzerfreundlichkeit durch die digitalen Möglichkeiten zu erreichen. Der Antrag der CDU-Fraktion sei hinsichtlich des angestrebten Ziels einer Nutzerfreundlichkeit nicht schlüssig, denn dies treffe auf bestimmte Nutzergruppen zu. Auch sei die Aussage falsch, dass es nur noch digitale Fahrkarten geben soll. An jeder Haltestelle sollen Fahrkartenautomaten vorhanden sein, an denen ein Papierticket erworben werden kann in bar oder mit Karte. Im Antrag werde außerdem beklagt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgegrenzt werden, was ebenfalls falsch sei. Es stimme außerdem nicht, dass vor allem ältere Menschen und Behinderte auf den ÖPNV angewiesen sind. Die meisten Fahrten würden nämlich von Schüler:innen absolviert. Gerade sie seien auf den ÖPNV angewiesen, weil sie nicht über ein Auto verfügen und ansonsten auf das Elterntaxi angewiesen sind. Sie würden im Übrigen über ein Smartphone verfügen. Ab September 2022 werde es ein Jahresticket für Schüler:innen geben für 665 Euro, mit dem im ganz Land ein Ticket jeweils ein Euro kostet. Auch das halte man für nutzerfreundlich. Eine durch die Veränderungen bedingte Schädigung des Einzelhandels sehe man nicht, auch ein schlechter Netzempfang an den Haltestellen sei kein Problem, weil das Ticket bereits zuhause erworben werden kann. Die Grünen würden in den Beschlüssen keine Nutzerfeindlichkeit, sondern eine Weiterentwicklung des Tarifsystems sehen. Dennoch sollte der KVV seine Kommunikationsstrategie sowie die Nutzerfreundlichkeit seiner digitalen Möglichkeiten hinterfragen oder sogar optimieren. Die Fraktion der Grünen sehe es also anders als die CDU-Fraktion. Anstatt der Viererkarte gebe es beispielsweise die Tageskarte „Solo“ mit den gleichen Möglichkeiten. Fehlende Entwerter sehe man auch nicht als nutzerunfreundlich an. Weiter halte man es nicht für erforderlich, an den Entscheidungen des KVV mitzuwirken. Berechtigte Kritikpunkte am KVV seien die Zugverspätungen oder Zugausfälle. Ihre Fraktion werde deshalb die Resolution nicht mittragen. Sehr gut finde sie allerdings, dass Herr Hörter ein Gespräch mit der Geschäftsleitung des KVV führen wird.

Gemeinderätin Eisenbusch erklärt, ihre Fraktion könne sich der Kritik der CDU-Fraktion und der Resolution anschließen. Denn tatsächlich benachteilige die Reform des KVV insbesondere ältere Menschen wie zum Beispiel mit der Abschaffung der Viererkarte, nicht entwerteter Tickets oder der Ticketautomaten in den Bahnen. Es sei absolut unverständlich, warum die Stadtbahnlinie 1 diese Automaten noch mitführt und sie in allen anderen Bahnen abgebaut werden. Dies halte sie für einen wichtigen Punkt, der in die Resolution aufgenommen



werden sollte. Allzu häufig seien die Fahrkartenautomaten auf den Bahnhöfen defekt, versifft oder schlecht lesbar. Zu häufig komme es auf der Stadtbahnlinie S5 zu Zugausfällen, weil ab Söllingen nur noch auf den zwei DB-Gleisen gefahren werden kann. Deshalb sei es ihrer Fraktion wichtig, dass das dritte Gleis ab Söllingen weitergeführt wird. Gerne könne man auch diesen Punkt in die Resolution aufnehmen. Als großes Ärgernis bezeichnet sie die Preiserhöhungen. Bedingt durch Corona und die Kombilösung sei die Kundenfrequenz deutlich zurückgegangen. Vor diesem Hintergrund müsse man sich die Frage stellen, ob man die Fahrgäste mit Preiserhöhungen, rückläufigem Service und mangelnder Kommunikation zurückholen kann. Bei dieser Problematik müsse man auch das Land nennen, denn von dort gebe es immer wieder höhere Anforderungen an den ÖPNV, die Finanzierung dieser Extras überlasse man aber den Betreibern und den Kommunen. Sie erinnert daran, dass die Gemeinde dem KVV nicht das Geringste vorschreiben oder diesen beeinflussen kann. Insofern hätte die CDU-Fraktion ihren Antrag eigentlich im Kreistag einbringen sollen. Andererseits müsse es angesichts des großen Haufens an Porzellan, der vom KVV zerschlagen wurde, auch erlaubt sein, seinen Kropf zu leeren.

Gemeinderat Dr. Rahn meint, fast alles Gesagte sei korrekt, man sollte sich in der Resolution allerdings auf das Wesentliche konzentrieren, was aus seiner Sicht der Wegfall der Viererkarten ist. Die Viererkarte habe den Vorteil, dass man sie vorab erwerben und bei Bedarf einsetzen kann. Dieser erhebliche Vorteil sei weg und daraus ein ganz erheblicher Nachteil entstanden. Die Resolution sollte deshalb in diese Richtung verfasst werden. Zukünftig müsse es weiterhin möglich sein, mit einer zuvor erworbenen Fahrkarte in die Bahnen einsteigen und diese drinnen entwerten zu können. Hierfür sollte eine einstimmige Resolution beschlossen werden. Karlsruher Bürgervereine hätten sich in ähnlicher Weise geäußert.

Gemeinderätin Konstandin macht deutlich, zusätzlich zu den Viererkarten seien ihrer Fraktion die Automaten in den Bahnen wichtig. Denn die Automaten in den Bahnhöfen seien tatsächlich versifft, sie wolle hier keine Fahrkarte lösen müssen. Mit den Automaten in den Bahnen hätte man die Möglichkeit, die Fahrkarte in der Bahn zu lösen. Dieser Service sollte weiterhin möglich sein und dieser Punkt in die Resolution aufgenommen werden.

Gemeinderat Dr. Vogel erklärt, tatsächlich habe die Gemeinde eigentlich nichts zu sagen. Wenn bei 32 Landkreismunicipalitäten auch andere dieses Thema aufgreifen könnte trotzdem eine gewichtige Stimme zusammenkommen. Deshalb sei es wichtig, dass einer dieses Thema aufgreift, in diesem Fall die Gemeinde Pfinztal, und andere hoffentlich folgen.

Bürgermeisterin Bodner weist darauf hin, der KVV sei überzeugt davon, dass seine getroffenen Entscheidungen richtig sind, um die Zukunftsfähigkeit des Verkehrsverbundes sicherzustellen. Dies gehe aus einem Schreiben des KVV hervor. Danach hätten alle Mitglieder des Aufsichtsrates die Entscheidungen bestätigt. Nach ihrer Auffassung gebe es allerdings auch noch die Generation, die noch nicht soweit ist, um die Digitalisierung mitmachen zu können. Weil betagte Personen sicherlich nicht fit genug sind, um die Entwicklung mitmachen zu können, müsse die Gemeinde die Stimme für diese Personen erheben. Insofern gehe es darum, den KVV auch für diese Menschen zu sensibilisieren.

Gemeinderat Schwarz lässt wissen, er werde die Resolution nicht mittragen, weil viele Behauptungen aus seiner Sicht nicht belegbar sind. Im Fahrgastbericht stehe zum Beispiel, dass der Anteil an Viererkarten bei 1,5 % liegt und nicht wie behauptet bei 5 %. Er könne auch nicht bestätigen, dass jeder zweite Automat versifft ist. Man sollte also nicht den Frust herauslassen, der in einem Bashing des KVV mündet. Im Moment sei ihm auch nicht klar, über welchen Resolutionstext jetzt abgestimmt werden soll, weil zwischenzeitlich weitere Anregungen eingebracht wurden.

Bürgermeisterin Bodner macht den Vorschlag, die Verwaltung könnte die verschiedenen Positionen in einem Papier zusammenbringen und dieses dem Gremium vorlegen.



Gemeinderat Hörter erklärt, die CDU-Fraktion sei offen für die Erarbeitung der konkreten Formulierung. Er macht deutlich, dass man das Schreiben des KVV gelesen hat, die Antworten allerdings nicht unbedingt richtig sind. Viele Nutzer hätten sich Karten auf Vorrat gekauft um diese zu nutzen, wenn sie gebraucht werden. Dies sei beispielsweise nicht in die Berechnungen mit eingeflossen. Fakt sei, dass etwa 10 % der Nutzer tatsächlich auf diese Karten angewiesen sind. Auch hätten insbesondere ältere Menschen das Problem, das Display der Fahrkartenautomaten lesen zu können. Diese Menschen würden sich Karten auf Vorrat kaufen, was beibehalten werden sollte. Diese Problematik müsse man den Verantwortlichen deutlich machen.

Bürgermeisterin Bodner meint es sollte darum gehen, die Probleme der Nutzer, die an die Gemeinde und die Ratsmitglieder herangetragen wurden, gegenüber dem KVV deutlich zu machen.

Gemeinderätin Eisenbusch lässt wissen, die SPD-Fraktion könnte dem Entwurf der Resolution, wie er eingebracht wurde, zustimmen. Denn tatsächlich gehe es darum, gegenüber dem KVV Kritik zu äußern und nicht diplomatisch verfasste Schreiben aufzusetzen. Heute gehe es um die Kritik an der letzten Reform des KVV. Ihre Fraktion werde also dem am heutigen Tag zugegangenen Resolutionstext zustimmen.

Gemeinderätin Möller lässt wissen, sie kenne diese letzte Fassung des Resolutionsentwurfs nicht. Sie halte es für besser, wenn die Verwaltung die heute angesprochenen Punkte nochmals aufbereiten und erneut vorlegen würde. Abstimmen könne man dann in der nächsten Sitzung.

Gemeinderat Rendes meint, sicherlich sei der vom KVV eingeschlagene Weg zukunftsfähig, aber einige Menschen würden darin nicht berücksichtigt. Es gehe darum, dies gegenüber dem KVV deutlich zu machen. An dieser Position werde sich nichts mehr verändern. Die Resolution bringe zum Ausdruck, dass man in diesem Punkt einen Handlungsbedarf sieht. Insofern sollte heute diese Entscheidung getroffen werden.

Gemeinderätin Konstandin zeigt sich verwundert über die Aussage von Gemeinderätin Möller, dass sie keine Kenntnis von der neuen Resolution hat. Denn Fakt sei, dass Gemeinderat Dr. Rahn geantwortet hat, die ULiP sei mit der neu formulierten Resolution einverstanden.

Gemeinderat Dr. Rahn erklärt, er habe den neuen Text nicht an seine Kollegin weitergeleitet, weil es ihm nicht nötig erschien. Bei diesem Text handle es sich um eine verkürzte Version, mit der langen Version sei man einverstanden gewesen.

Bürgermeisterin Bodner liest dem Gremium danach folgenden neuen Text der Resolution vor:

Resolution des Pfinztaler Gemeinderats

Der Pfinztaler Gemeinderat fordert den KVV auf, nicht entwertete Fahrscheine auch nach dem Fahrplanwechsel am 12. Dezember auszugeben. Der Verzicht auf die nicht entwerteten Fahrscheine erschwert älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern und Kindern die Nutzung des ÖPNV in einem nicht zu tolerierenden Ausmaß.

Die Nutzung des ÖPNV muss für alle Fahrgäste gleichermaßen einfach sein. Viele ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger kaufen ihre Fahrkarten auf Vorrat im örtlichen Einzelhandel. Schülerinnen und Schüler, die normalerweise das Fahrrad benutzen, haben immer Tickets greifbar, falls kurzfristig die Notwendigkeit entsteht, die Stadtbahn nutzen zu müssen, z. B. bei schlechtem Wetter.

Insbesondere für sehbehinderte Menschen ist die Bedienung von Fahrkartenautomaten oftmals sehr schwierig – unabhängig von der Tatsache, dass die Automaten oft defekt oder durch Vandalismus beschädigt sind.



Auch Kinder haben oft keine Möglichkeit, Tickets mit dem Handy zu erwerben. Bei der Bedienung der Fahrkartenautomaten sind sie häufig überfordert. Ebenfalls massiv negativ betroffen sind Personen mit eingeschränkter Mobilität.

Fazit:

Die beschlossene Neuregelung ist absolut kundenunfreundlich und kontraproduktiv für die angestrebte Steigerung der Attraktivität des ÖPNV. Daher fordert der Pfinztaler Gemeinderat aus den dargelegten Gründen den KVV auf, unentwertete Fahrscheine weiter anzubieten

Sie stellt die **Abstimmungsfrage, wer dieser Resolution zustimmt.**

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen

10. Annahme von Spenden

Bürgermeisterin Bodner verweist auf den in der Vorlage dargelegten Sachverhalt mit folgendem Inhalt:

Die Gemeinde darf nach § 78 Abs. 4 der Gemeindeordnung Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung gemeindlicher Aufgaben beteiligen. Spenden sind Zuwendungen zum Beispiel von Privatpersonen oder Unternehmen, bei denen das Motiv der Förderung der jeweiligen Gemeinde und ihrer Einrichtungen dominant ist. Zuwendung ist der Oberbegriff, Spende und Schenkung sind Anwendungsfälle. Der Grund der Zuwendung ist gleichgültig; sie muss nur unentgeltlich ohne Gegenleistung und nicht unbedingt in Geld erbracht werden.

Die Einwerbung und Entgegennahme des Angebots einer Zuwendung ist der Bürgermeisterin vorbehalten. Über die Annahme einer Zuwendung entscheidet allein der Gemeinderat. Die Gemeinde hat jährlich einen Bericht zu erstellen, in welchem die Geber, die Zuwendungen und die Zweckbestimmungen anzugeben sind und diesen der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten.

Sie will wissen, ob es einen weiteren Erläuterungsbedarf gibt und stellt fest, dass dies nicht der Fall ist.

Der Gemeinderat fasst daraufhin folgenden **einstimmigen Beschluss:**
Die eingegangenen Spenden werden angenommen.

11. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Bodner informiert das Gremium über folgende Themen:

- Die bestellten Luftfilter für die Schulen sind geliefert und bereits eingebaut.
- Die Verwaltung ist mit der DB wegen der Bahnübergänge Kleinsteinbach und Söllingen in Kontakt.
- Die Baustelle zur Sanierung der Bundesstraßen 10 und 293 ist heute wieder eingerichtet worden. Die Verwaltung ist mit dem Regierungspräsidium in Kontakt und hat die Hoffnung, dass der Zeitplan eingehalten wird.
- Der Schlecker-Umbau wird demnächst beendet sein, sodass eventuell ein Umzug zum 15.02. möglich wird.
- Der Kindergartenanbau Kleinsteinbach kann eventuell in den Monaten April oder Mai eingeweiht werden.
- Das Toilettenhaus in Berghausen ist noch geschlossen, weil wegen fehlender Teil die Re-



paratur noch nicht durchgeführt werden konnte.

12. Mitteilungen und Anfragen aus dem Gremium

Gemeinderat Nickles geht auf die Straßenbauarbeiten in Berghausen und die eingerichtete Umleitung ein. Der Linienbus nehme momentan die Strecke über die Lehmgrubenstraße zur Schlossgartenstraße. Er müsse also zwischen Lehmgrubenstraße und Schloßgartenstraße einen Feldweg befahren, was seiner Meinung nach nicht sein könne.

Gemeinderätin Eisenbusch erklärt, sie wolle im Namen der Flüchtlingshilfe auf eine Problematik hinweisen. Die Flüchtlingshilfe bemühe sich immer, für Familien aus der Gemeinschaftsunterkunft eine Anschlussunterbringung in Pfinztal zu organisieren und die Kinder in den Pfinztaler Kindergärten unterzubringen. Dies hat den Grund, dass die Familien betreut werden, sich wohl fühlen und in Pfinztal bleiben wollen. Wiederholt sei es neuerdings der Fall gewesen, dass die Gemeinde das Integrationsamt informiert hat, wonach die Gemeinde eine bestimmte Familie gerne aufnehmen würde. Diese Familie soll jetzt allerdings in eine andere Gemeinde verlegt werden. Nach Auffassung der Flüchtlingshilfe dürfe das nicht sein, denn häufig seien diese Familien bereits in Pfinztal integriert. Die Familien, für die sich die Flüchtlingshilfe einsetze, müssten in Pfinztal bleiben können. Aus diesem Grund müsste sich die Gemeinde positionieren und diesen Missstand gegenüber dem Landratsamt zum Ausdruck bringen. Sie bittet die Bürgermeisterin und die Verwaltung sich dafür einzusetzen, dass solche Familien in Pfinztal bleiben können.

Bürgermeisterin Bodner sagt dies zu, weist aber gleichzeitig darauf hin, dass dies dem Landratsamt bereits bekannt ist.

Gemeinderätin Konstandin bittet um Auskunft, wie viele Gruppen in den Kindergärten angesichts der explodierenden Corona-Zahlen geschlossen werden mussten.

Herr Sturm antwortet, in den einzelnen Einrichtungen müsse hin und wieder immer einmal eine Gruppe geschlossen werden. Um die Frage ausreichend beantworten zu können, bedarf es allerdings Rückfragen. Er werde in der kommenden Sitzung berichten.

Bürgermeisterin Bodner ergänzt, zunehmend sei das Personal der Einrichtungen von Infektionen betroffen. In diesen Fällen seien dies Herausforderungen für die Eltern. Grundsätzlich sei sie der Meinung, dass alle Einrichtungen die Situation gut managen.

13. Fragen, Anregungen und Vorschläge der Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Germann meldet sich zu Wort und meint, kein vernünftiger Mensch werde sich einer sinnvollen Digitalisierung widersetzen. Die Digitalbranche wolle mit massiver Lobbyarbeit allerdings mehr. Sie wolle zwischenmenschliche Kontakte und Dienstleistungen von der Wiege bis zur Bahre alternativlos gestalten und organisieren. Sie wolle, dass das Bewährte und Selbstverständliche in Frage gestellt und neu bewertet wird. Dabei sei nie die Rede davon, in einer Evaluation die Kundenfreundlichkeit zu hinterfragen. Er stelle die Frage ob es möglich ist, den Bürgern und dem Gemeinderat die von der Verwaltung umgesetzten und geplanten Digitalisierungsprojekte mit Kosten, Nutzen, Mehrwert und Nachteilen in diesem Jahr zusammengefasst darzustellen.

Bürgermeisterin Bodner verweist auf den Umbruch im Personal der Verwaltung und meint, sie nehme das Anliegen mit, das allerdings kurzfristig nicht erfüllt werden kann. Eine konkrete Zusage könne sie vor diesem Hintergrund nicht machen.



Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen beendet sie die Sitzung.

Die Vorsitzende

Die Urkundspersonen

Der Schriftführer

Nicola Bodner
Bürgermeisterin

Gemeinderat Nickles

Roland Härer

Gemeinderat Vortisch